



(Foto: Prof. Dr. Robert Kappel)

Afrika steht bisher nicht im Fokus, doch der Kontinent wird von der Corona-Krise erfasst werden, ohne über die erforderlichen Mittel zur Bekämpfung der Pandemie zu verfügen. Die reichen Länder sollten erkennen, wie sehr ein Abrutschen Afrikas die eigene wirtschaftliche und soziale Krise verstärkt und die EU, die G20-Länder und die internationalen Organisationen sollten gemeinsam mit den afrikanischen Institutionen und einzelnen Ländern den Kampf gegen die Krise aufnehmen, fordert Prof. Dr. Robert Kappel.

Prof. Dr. Robert Kappel lehrte am Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig und war lange Jahre Präsident des ‚GIGA German Institute of Global and Area Studies‘, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg. Er betreibt den Blog [„Weltneuvermessung“](#) [Hier geht es zum Blog.](#)

Afrika und die Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die afrikanischen Länder erreicht. Inzwischen gibt es kein Land mehr, in dem die Infektion sich nun – von einem bisher sehr niedrigen Niveau – ausbreitet. Die Zahl der Infizierten steigt deutlich an, obwohl zahlreiche Länder teilweise drastische Maßnahmen zur Eindämmung des Virus beschlossen haben. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, die lokalen Maßnahmen zur Eindämmung der Krise durch die Stärkung der Gesundheitssysteme, durch Schuldenerlasse und durch Finanzspritzen zu unterstützen.

Besorgniserregende Fakten

Die Zahl der Infizierten und Toten auf dem afrikanischen Kontinent nimmt zu. Die offiziell genannten Zahlen entsprechen jedoch kaum den wirklichen Entwicklungen. So meldeten die

ägyptischen Behörden vor ein paar Tagen offiziell weniger als 200 Fälle, die wirklichen Zahlen könnten laut „Lancet Infectious Diseases“ bei etwa 6.000 liegen. Die Lage in den Krankenhäusern beginnt mehr als dramatisch zu werden. Zwar haben fast alle Länder inzwischen Testmöglichkeiten, aber die Kapazitäten, angesteckte Menschen zu behandeln, sind in vielen Ländern unzureichend. Die meisten Länder haben eine extrem niedrige Ausstattung mit Ärzten und Krankenhäusern. So gibt es in Nigeria mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Mio. Menschen gerade 200 Beschäftigte in sechs Laboratorien, um Tests durchzuführen. Diese befinden sich vor allem in der Hauptstadt Abuja, Ibadan, Osun, Edo und im Wirtschaftszentrum Lagos. In Nordnigeria existiert bislang kein einziges Laboratorium. In Nigerias Hospitälern gibt es lediglich 350 „Intensive Care Units“ mit jeweils zwischen 1-20 Betten für Risikopatienten,

die Zahl der „test kits“ liegt bei 26 Tsd. Kenia stehen lediglich 130 Intensivbetten und nur 200 Pflegekräfte und medizinisches Personal zur Verfügung. In den afrikanischen Städten gibt es durchschnittlich zwei Ärzte auf 10.000 Menschen (Italien 41). Auf dem Land obliegt Gesundheitsstationen oder kommunalen Gesundheitseinrichtungen die Seuchenbekämpfung – meist ohne Ärzte. Die prekären Gesundheitssysteme wurden u.a. durch unterfinanzierte Hospitäler und Kommunaleinrichtungen in den letzten Jahren noch weiter geschwächt.

Viele Länder haben mit anderen Epidemien bereits zu schaffen. Der Kampf gegen Lassa-Fieber, Gelbfieber, Malaria und HIV-Aids bindet viele Ärzte und Hospitäler. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen bei weitem nicht für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerungen und für die Bekämpfung des COVID-19. So lebt der Großteil der weltweit ca. 15 Mio. Menschen mit HIV in Afrika, ohne je Zugang zu anti-retroviraler Versorgung zu haben. Ca. 2,5 Mio. Menschen infizieren sich jedes Jahr neu an Tuberkulose. So erkrankten rund 300.000 Menschen in Südafrika. Über 50% der weltweiten Malaria-Todesfälle konzentrierten sich im Jahr 2017 auf sechs afrikanische Länder: Nigeria (19%), Demokratische Republik Kongo (11%), Burkina Faso (6%), Vereinigte Republik Tansania (5%), Sierra Leone (4 %) und Niger (4%).

Wirtschaftliche Folgen

Die UNECA (United Nations Economic Commission for Africa) geht davon aus, dass das Wachstum der afrikanischen Ökonomien sich deutlich von möglichen 3,2% auf 1,8% im Jahr 2020 reduzieren wird und damit unterhalb des Bevölkerungswachstums liegt. Bereits seit einigen Jahren ist das durchschnittliche Wachstum afrikanischer Ökonomien gesunken. Dies betrug in den Jahren 2014-2019 nur noch 3,3%.

Ursachen sind vor allem darin zu sehen, dass es zur Einschränkung der Wirtschaftstätigkeiten innerhalb der Länder und zur Handelsabschottung kommt. Die Nachfrage nach Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten geht deutlich zurück. Der Tourismus ist vollständig zum Erliegen gekommen.

Europas, der US-amerikanische und Chinas Krisenmodus beeinträchtigt Afrikas wirtschaftliche Entwicklung auf verschiedene Art und Weise:

- Die wirtschaftliche Verlangsamung in Europa, Schwellenländern, China und den USA drückt das weltwirtschaftliche Wachstum und wirkt sich besonders in den armen Ländern aufgrund ihrer Rohstoffabhängigkeit aus.
- Afrikas Exporterlöse, Unternehmensersparnisse und Handelskredite leiden. So schätzt die UNECA, dass die Exporterlöse um ca. \$ 100. Mrd. sinken könnten, allein die Einnahmen aus den Ölexporten könnten sich um 65 Mrd. reduzieren. Die Rohstoffpreise sind stark gefallen, wobei der Kupferpreis seit Anfang 2020 um 21%, der Ölpreis um 61% und der Kaffeepreis um 15% gesunken sind. Der Terms-of-Trade-Schockverwundbarkeitsindex von NKC African Economics weist darauf hin, dass Angola, Gabun, Äthiopien, Ghana, Tunesien, Sambia und Kenia im Falle eines anhaltenden Schocks am anfälligsten für Schuldenkrisen sind.
- Die Folgen für rohstoffexportierende Länder sind gravierend. Die afrikanischen Länder sind aufgrund ihrer undifferenzierten Exportstrukturen in hohem Maße Nachfrage- und Preisschwankungen ausgesetzt, wie Südsudan (99%), Tschad (92%), Angola (88%), Nigeria (76%) oder Sambia (74%)

mit einem sehr hohen Anteil der Rohstoffexporte an den Gesamtexporten. Solange keine aktuellen Handelsstatistiken vorliegen, ist es schwer zu bewerten, wie hoch der gesamte Schaden sein könnte. Das Bild ist auch deshalb unvollständig, weil die positiven Auswirkungen, die der Preisrückgang auf die Rohstoffimporteure haben kann, ebenfalls nicht genau erfassbar sind.

- Niedrigere Austauschraten afrikanischer Öl- und Metallexporteur bewirken negative Einkommenseffekte, die die privaten und öffentlichen Ersparnisse reduzieren.
- Gesunkene Devisenreserven beeinträchtigen das Kapitalangebot für Afrika.
- Auch die Steuereinnahmen Afrikas werden auf verschiedenen Kanälen durch die globale Krise beeinträchtigt. Viele Länder Afrikas finanzieren ihre Regierungsausgaben durch Handelssteuern und Zölle. Fallende Rohstoffpreise verschlechtern somit Afrikas Fiskalsalden. In den rohstoffexportierenden Ländern Afrikas trugen die Rohstofflöse noch 2013 noch 80% der Staatseinnahmen und 20% des Bruttoinlandsprodukts in den ölreichen Ländern Algerien, Angola, Guinea, Kongo und Libyen bei. Diese beginnen nun einzubrechen und Staaten drohen handlungsunfähig zu werden.

Einzelne konkrete Beispiele belegen, welche Folgen die globale Krise bereits für afrikanische Ökonomien hat.

- Kenias Blumenproduktion ist fast vollständig eingebrochen, weil es keine Nachfrage mehr aus Europa gibt. Die Exporterlöse aus dem Blumenexport sind im März um 60% eingebrochen, den 150 Tausend

Arbeitskräften drohen Entlassungen und/oder Lohnsenkungen. Wenn die Situation anhält, könnten Kenias Blumenexporteinnahmen in diesem Jahr um etwa die Hälfte auf 60 Mrd. kenianische Schilling (\$ 571 Mio.) oder weniger sinken. Die meisten Betriebe, die bis vor kurzem noch mit einer Auslastung von 20 % und mit nur der Hälfte der Beschäftigten arbeiteten, fürchten die vollständige Unterbrechung der Produktion.

- In Kenia wie in Tunesien, den Seychellen, Mauritius und Senegal ist der Tourismus – eine der wichtigsten Devisenbringer der Länder – vollkommen zum Erliegen gekommen.
- In Kenia hat sich der Export von Textilien deutlich reduziert, weil es wegen der Schließung der Shopping Malls und der Bekleidungsunternehmen keine Nachfrage mehr aus Europa gibt. Ähnliche Entwicklungen drohen in Äthiopien, Ägypten oder Tunesien.
- Covid-19 könnte Nigerias Ölexporte drastisch verringern, wenn die Nachfrage und die Ölpreise weiter sinken. Die UNECA geht davon aus, dass Nigerias Gesamtexporte von Rohöl im Jahr 2020 um 14 bis 19 \$ Mrd. fallen könnten. Bei einer Steuerquote von weniger als 6% des Bruttoinlandsprodukts wird die Finanzierung des öffentlichen nigerianischen Gesundheitssektors noch schwieriger werden.
- Südafrika schlittert deutlich weiter in die Krise. Denn die Wirtschaft ist sehr eng mit China, Europa und den USA verbunden. Das Wachstum geht drastisch zurück, der Außenhandel bricht ein, so dass auch weniger Produkte aus Südafrika nachgefragt werden. Südafrikanische Experten

befürchten negatives Wachstum von minus 2%, eine Zunahme der bereits hohen Arbeitslosigkeit und der Ungleichheit und ein steigendes Haushaltsdefizit von 7%. Verluste an Arbeitsplätzen drohen insbesondere in der Minenindustrie, im Tourismus und der verarbeitenden Industrie.

- Auch die Währungen werden getroffen – der südafrikanische Rand und der sambische Kwacha verzeichnen deutliche Verluste gegenüber dem Dollar. Der Wert des nigerianischen Naira steht massiv unter Druck, und es scheint keine Alternative zur Abwertung zu geben. Schwächere Währungen werden die Kosten für den Schuldendienst in Dollar trotz historisch niedriger Zinssätze erhöhen.
- Transportdienstleistungen gehen drastisch zurück. Die IATA schätzt, dass die afrikanischen Fluggesellschaften in diesem Jahr 4,4 Milliarden Dollar verlieren. Fast alle Fluglinien haben ihre Auslandsflüge eingestellt. Das Virus führt zu Reisebeschränkungen innerhalb von Ländern und über Grenzen hinweg und hat zu einer drastischen Verringerung der Ströme von Menschen, Dienstleistungen, Waren und Geld beigetragen.
- Auslandsdirektinvestitionen in Subsahara-Afrika könnten laut UNCTAD um 15% (wenn nicht noch mehr) sinken, was einem Rückgang von etwa 7,5 Milliarden Dollar entspricht. Ein Großteil der Portfolioströme im Wert von mehr als 15 Milliarden Dollar im Jahr 2018 ist gefährdet. Die Rücküberweisungen von Migranten reduzieren sich möglicherweise, weil Arbeitsplätze in Europa, den USA oder den Golfstaaten verloren gehen können, wodurch die Überweisungen (derzeit im Wert von etwa 48

Milliarden Dollar in Subsahara-Afrika im Jahr 2018) möglicherweise fallen.

- Subsahara-Afrika steht vor einem Zahlungsbilanzdefizit von mindestens \$ 100 Mrd.

Die Folge ist, dass auf dem afrikanischen Kontinent mehrere Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Erste Entlassungswellen werden bereits aus Kenia und Südafrika vermeldet. Das Wachstum bricht ein, die Länder gehen in eine neue Armutskrise.

Grundlegende Effekte

Theoretisch gibt es zwei Arten von Auswirkungen, die die Länder durch die COVID-19-„Schocks“ erfahren können. Der erste Effekt ist ein „Nachfrageschock“, der zweite ein „angebotsseitiger“ Schock. Beide verstärken die bereits entstehenden Krisenmomente. Dabei sind die Situationen in den 55 afrikanischen Ländern sehr verschieden. Rohstoffproduzenten spüren den wirtschaftlichen Krisenmechanismus bereits sehr stark. Länder mit ihren aufsteigenden Mittelschichten sind eher in der Lage abzufedern und auch ihre nationale Produktion zur Versorgung auszubauen. Sie können sich alternative Einkommensquellen erschließen und lokale Arbeitsplätze schaffen. Die am wenigsten entwickelten Länder laufen Gefahr, dass sie in eine große Armutskrise geraten, wie Togo, Sierra Leone, Liberia, Mali und Madagaskar. Sie haben kaum die Möglichkeiten der Länder mit mittleren Einkommen. In vielen der einkommensschwachen afrikanischen Länder ist der Prozentsatz der armen Bevölkerung – wie zum Beispiel Madagaskar mit einer Armutsrate von 75 Prozent -, extrem hoch. Für diese Länder wird internationale Unterstützung von multilateralen Organisationen von entscheidender Bedeutung sein.

Rob Vos, Will Marin und David Laborde haben in einer Bewertung herausgearbeitet, wie stark der Einfluss der Pandemie auf Afrika sein könnte. Eine Reduktion des Wachstums um ein Prozent könne zu einer Steigerung der Armut um 2 Prozent führen. Der Impact auf die afrikanischen Staaten lässt sich natürlich nicht ohne weiteres vorhersagen, zumal nicht bekannt ist, wie lange die Pandemie dauern wird, mit welcher Wucht sie sich auf dem afrikanischen Kontinent ausbreiten wird und wie schnell die Eindämmung gelingt.

Drei Szenarien werden von Vos/Martin/Laborde für möglich gehalten:

- **Arbeitsproduktivitätsschock:** Die Hauptauswirkungen kommen von Arbeitnehmern, die keine Jobs mehr haben, was zu einem durchschnittlichen Rückgang der Arbeitsproduktivität um 1,4% im Jahr 2020 führen.
- **Schock der totalen Faktorproduktivität:** Die Auswirkungen werden durch die Lähmung der inländischen Wirtschaftstätigkeit spürbar, die durch Unterbrechungen der Vertriebskanäle, die Unfähigkeit, Inputs und Dienstleistungen aufgrund von Quarantänen für die Arbeitnehmer bereitzustellen, usw. verursacht wird. Die Studie von Vos/Martin/Laborde zeigt auch, dass die Auswirkungen auf die Makroökonomie, auf den Konsum für Haushalte, die Nahrungsmittelproduktion vor allem dann immens wären, wenn es zur Senkung der totalen Faktorproduktivitäten kommen würde.
- **Handelsschock:** Die Auswirkungen werden durch Störungen des internationalen Handels spürbar, die dazu führen, dass die Kosten für den Handel im Durchschnitt um ca. 5% steigen und sie ausreichen, um ein

globales Wirtschaftswachstum von 1% zu verursachen.

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Entwicklungsländer würde sich im Handelschock-Szenario um 1,5 % verlangsamen. Der Agrar- und Nahrungsmittelsektor scheint laut Vos/Martin/Laborde in allen Szenarien widerstandsfähiger zu sein als andere Sektoren, u.a. deshalb, weil die Nahrungsmittelnachfrage relativ weniger unelastisch auf das Einkommenswachstum reagiert. Das globale Ernährungssystem selbst würde jedoch im Szenario des Handelsschocks größere negative Auswirkungen haben. In diesem Fall könnte eine weltweite Konjunkturabschwächung um 1% einen Rückgang der Agrar- und Nahrungsmittlexporte der Entwicklungsländer um fast 25% verursachen. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die COVID-19-Schocks rufen wirtschaftliche Schocks hervor und können zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut führen.

Lösungsvorschläge

Natürlich ist es viel zu früh zu sagen, welche Maßnahmen gegenwärtig zur Vermeidung bzw. Reduktion einer afrikanischen Pandemie von besonderer Wirksamkeit sind. Dass aber externe Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind, steht außer Zweifel. Nationale Maßnahmen benötigen die Ergänzung durch internationale Transfers.

In vielen Ländern wurden zunächst Schulen, Hochschulen, Kirchen, Moscheen, Bars, Restaurants und Hotels geschlossen. Länder wie Ghana, Kenia, Mauritius, Marokko, Nigeria und Südafrika gehen offen mit Informationen über den Ausbruch um und haben schnell präventive Beschränkungen für Reisen und Massenversammlungen erlassen. Ob der Einsatz von Soldaten und Polizei tatsächlich Beiträge zur

Linderung leisten kann, oder ob sie nicht gerade die Übertragungsraten erhöhen, ist eine viel gestellte Frage in den öffentlichen Diskursen Afrikas. Massiver Einsatz von „Sicherheitskräften“ wird aus Kenia und Ruanda vermeldet. Jedenfalls ist „soziale Distanz“ nicht möglich, Menschen leben in den urbanen Zentren auf engstem Raum. Die finanziellen Möglichkeiten, staatlichen Kapazitäten und Mittel für Unterstützungsmaßnahmen von Unternehmen und Beschäftigten im formellen wie informellen Sektor sind begrenzt. Daher kommt internationalen Finanzierungen eine große Rolle zu.

Südafrika hat drastische Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und ein Sofortprogramm für die Wirtschaft beschlossen. Seit dem 25.3.2020 gibt es eine landesweite Sperre für 21 Tage, um zur Begrenzung der Übertragung des Virus und zur Milderung seiner wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen beizutragen. Teilweise werden die Maßnahmen mit brutaler Gewalt durch die Polizeikräfte durchgesetzt. Das Problem aber ist, dass die Menschen in den Townships auf engstem Raum überleben müssen und die räumliche Trennung von den Betrieben die Menschen in größte wirtschaftliche Not stürzt. Es gibt Zugang zu sauberem Wasser für die Mehrheit der Bevölkerung nur kollektiv, dort treffen sich die Menschen. Die Busse zu den Arbeitsstellen sind überfüllt. Alle stecken sich gegenseitig an. Südafrika ist besonders vulnerabel wegen seines hohen Armutsockels, der hohen Arbeitslosigkeit und Ungleichheit und der extrem hohen Evidenz von HIV und Tuberkulose. Zudem ist das Gesundheitssystem während der Phase des state capture durch den Präsidenten Zuma und seine Klientel stark geschwächt. Das Department of Trade, Industry and Competition hat Maßnahmen beschlossen, um die Industrie, die Klein- und Mittelunternehmen und den Handel zu stützen.

Die Industrial Development Corporation (IDC) hat angekündigt, dass sie mehr als 3 Milliarden ZAR für gefährdete Unternehmen bereitstellen wird. Außerdem hat sie eine Fazilität von 500 Millionen ZAR zur Handelsfinanzierung für die Einfuhr wichtiger medizinischer Produkte eingerichtet.

Die Anliegen der afrikanischen Länder stehen gegenwärtig noch nicht ganz oben auf der Tagesordnung der G20-Länder. Finanzausagen gibt es nicht. Aber dies ist kurzsichtig, denn wenn die G20 und die EU-Staaten keine koordinierten Maßnahmen gemeinsam mit afrikanischen Staaten in Gang bringen, besteht die Gefahr, dass die wirtschaftlichen und sozialen Kosten sich stark erhöhen.

Was jetzt zu tun ist

Als wesentlich sind folgende Maßnahmen unerlässlich:

- Öffentliche, private und philanthropische Akteure sollten mobilisieren, um die Gesundheits- und lokalen Produktionssysteme zu stärken. Prioritär ist die Aufstockung der Mittel zur Unterstützung des Gesundheitspersonals mit medizinischen Hilfsmitteln. Mittelfristig sollte die internationale Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern zusammenarbeiten, um ihre Gesundheitssysteme zu stärken und den universellen Sozialschutz auszuweiten.
- Die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten offene Handelskorridore, insbesondere für Arzneimittel und andere Gesundheitsgüter sowie die Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur unterstützen. Dies wird die Länder in die Lage versetzen, sich so weit wie möglich auf die Prävention zu konzentrieren. Die globale Nachfrage nach Schutzmitteln – Masken, Anzüge, test kits

etc. hängt im Moment am Tropf von China. Hier werden nahezu alle üblichen Regeln des Handels, wie sie von der WTO festgehalten sind, ausgehebelt, d.h. die Waren werden jeden Tag teurer, sie werden doppelt verkauft und gehen überwiegend nach Europa und in die USA. Für die afrikanischen Länder bleibt kaum etwas übrig. Dazu kommt eine überforderte Logistik in den afrikanischen Ländern. Inwiefern die Entwicklungszusammenarbeit darauf eingestellt ist, in sehr naher Zukunft mobile Teststationen, Masken, Brillen, Handschuhe, Atmungsgeräten usw. zur Verfügung zu stellen, lässt sich leicht beantworten. Sie kann es nicht leisten. Daher sind gemeinsame Anstrengungen der EU, der G20, der WHO usw. notwendig, um die Sterberate so niedrig wie möglich zu halten.

- Die G20-Länder sollten 100 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung der unmittelbaren Gesundheitsmaßnahmen, der sozialen Sicherheitsnetze für die Schwächsten, der Ernährung von Kindern und des Schutzes von Arbeitsplätzen bereitstellen.
- Von Bedeutung ist auch die Einräumung von Sonderziehungsrechten. Der IWF muss in der Lage sein, mit neuen Sonderziehungsrechten auf die größte Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern zu reagieren, die jemals stattgefunden hat. Sehr viele afrikanische Länder haben sich bereits an den IWF gewandt, um Unterstützung zu erhalten, und diese Zahl wird mit der Verschärfung der Krise wahrscheinlich noch steigen. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Unterstützung ausweiten, damit die öffentlichen Reaktionen auf die Gesundheitskrise nicht durch Finanzkrisen gefährdet werden. Die Weltbank und der IWF

sollten daher umfassende Entschuldungspläne mit afrikanischen Ländern erarbeiten.

- Koordinierte fiskalische Antworten: Um Menschen und Unternehmen zu helfen, sollten afrikanische Länder dazu ermutigt werden, einkommensunterstützende Maßnahmen wie bedingungslose Geldtransfers und Steuererleichterungen oder völligen Schuldenerlass vorzusehen. Angesichts des begrenzten fiskalischen Spielraums werden die afrikanischen Länder internationale finanzielle Unterstützung benötigen. Die Weltbank braucht zusätzliche Mittel, um Unterstützung durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse gewähren zu können.
- Koordinierte Aktionen zur Bekämpfung des Virus sollten im offenen multilateralen System möglich sein, d.h. Protektionismus vermeiden und den kontinuierlichen Fluss von Gütern und Dienstleistungen, einschließlich wichtiger Medikamente und medizinischer Versorgung, zu gewähren. Die Weltgesundheitsorganisation sollte ermitteln, welche Unterstützung konkret in jedem Land benötigt wird. Die bisherige Aufstockung der finanziellen Mittel ist zwar begrüßenswert, aber sie reichen nicht aus.

Was als Gesundheitskrise begann, ist heute eine große globale Gesundheits-, soziale und Wirtschaftskrise. Es steht zu befürchten, dass die afrikanischen Länder von der Krise wie alle anderen Staaten erfasst werden, ohne über die erforderlichen Mittel zur Bekämpfung der Pandemie und der wirtschaftlichen Folgen zu verfügen. Wichtig ist, dass die Länder Afrikas nicht auf sich allein gestellt reagieren müssen. Die reichen Länder müssen erkennen, wie sehr ein Abrutschen Afrikas die eigene wirtschaftliche und soziale Krise verstärkt. Entscheidend ist

daher, dass die EU, die G20-Länder und die internationalen Organisationen gemeinsam mit den afrikanischen Institutionen und einzelnen

Ländern den Kampf gegen die Krise aufnehmen.



Hinweis: Auch unser Blog befasst sich intensiv mit den Konsequenzen der Corona-Krise für die Sicherheitspolitik: diskutieren Sie mit! [Hier geht es zum Blog.](#)



Der Präsident der GSP hat dem Tagesspiegel ein Interview zu den globalen Konsequenzen der Corona-Krise gegeben. [Hier geht es zum Artikel.](#)

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo